

Antrag

des Abg. Reinhold Pix u. a. GRÜNE

Zukunft der Abfindungsbrennereien in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viel Prozent der Brände baden-württembergischer Abfindungsbrennereien im Vergleich jeweils aus Streuobst, Obst aus Plantagen, Trauben oder Getreide als Hauptbestandteil bestehen;
2. welchen Marktanteil Abfindungsbrennereien am Spirituosenmarkt in Baden-Württemberg haben;
3. wie viele Abfindungsbrennereien in Baden-Württemberg im Jahr 2014 existierten, wie viele es heute sind und wie sich die Anzahl der aktiv genutzten Brennrechte von 2014 bis 2024 entwickelt hat;
4. inwieweit Probleme bei der Übertragung von Brennrechten von einer Generation auf die nächste bekannt sind und wie sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit von entsprechenden Anträgen zur Übertragung der Brennrechte darstellt;
5. inwiefern geplant ist, das Bundesfinanzministerium zu ersuchen, die Durchführungsverordnung zum Alkoholsteuergesetz im Sinne der Abfindungsbrennereien anzupassen;
6. welche Kooperationen bereits mit anderen Bundesländern vorhanden sind, um die Situation der Abfindungsbrennereien zu verbessern und in welchem Maße diese Initiativen noch verstärkt werden können;
7. wann mit einer Erhöhung des Kontingents der Abfindungsbrennereien von aktuell 300 auf mindestens 500 Liter Alkohol zu rechnen ist und welche Schritte geplant sind, vor allem das Bundesfinanzministerium von dieser Erhöhung zu überzeugen;
8. inwiefern der Landesregierung eine Reformierung der zugelassenen Stoffliste für Abfindungsbrennereien bekannt sind und in welchem Rahmen die Landesregierung erwägt, sich selbst für eine Reform der zugelassenen Stoffliste einzusetzen;
9. ob sich die Landesregierung beim Bund dafür einsetzt, die Abfragebögen der Zollämter bei den Stoffbesitzern zu vereinfachen und wenn ja, welche Vorschläge zur Vereinfachung sie nach der bisherigen ersten Überarbeitung einbringen wird;
10. inwieweit die Landesregierung eine Erweiterung der zugelassenen Stoffliste für Abfindungsbrennereien um nicht anderweitig vermarktbare Gemüse wie Karotten begrüßt;
11. inwiefern sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, die Verwendung mehrerer Brennrechte für eine Brennerei über die bisherigen begrenzten Regelungen hinaus als zulässig zu erklären und welche konkreten Vorschläge sie noch plant zu unterbreiten.

26.4.2024

Pix, Nentwich, Dr. Rösler, Behrens, Bogner-Unden, Braun, Hahn, Holmberg, Waldbüßer GRÜNE

Begründung

Baden-Württemberg ist die Streuobstregion in Deutschland und hat damit eine Verantwortung, die sogar europaweit über die Landesgrenzen hinausreicht. Streuobstbestände prägen unsere Landschaft, speichern Wasser, verhindern Bodenerosion und sind Lebensraum einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten und Hot Spots der biologischen Vielfalt. Um diese Streuobstbestände zu erhalten, müssen sie genutzt und das Streuobst verarbeitet werden. Ein wichtiger Baustein in der Vermarktung von Streuobst, wie auch von heimischem Tafelobst und Trauben stellt das traditionelle gepflegte Handwerk der Abfindungsbrennereien dar. Leider hat sich in den letzten Jahren die wirtschaftliche Situation der Abfindungsbrennereien weiter verschlechtert. Zusätzlich zu höheren Kosten macht den Betrieben ein höherer bürokratischer Aufwand zu schaffen. War noch vor wenigen Jahren die gemeinsame Nutzung von Geräten möglich, machen dies nun verschärfte Durchführungsverordnungen des Bundesfinanzministeriums unmöglich und dies obwohl der rechtliche Rahmen auf EU-Ebene genügend Spielraum bietet. Weiterer Unmut entsteht durch teilweise lange Bearbeitungszeiten bei der Übertragung von Brennrechten innerhalb der Familie – und das selbst wenn sich nur der Name ändert. Ebenso erschweren bürokratisch übertriebene Vorschriften bei der Abfrage der Stoffbesitzenden die Arbeit der Betriebe, was in einem ersten Schritt durch die Generalzolldirektion vom 13. Februar 2024 zwar verbessert wurde, aber weiterhin zu viel Bürokratie verursacht. Um die Zukunft der Abfindungsbrennereien zu sichern, könnte eine Initiative des Landes mit mehreren Bausteinen in Richtung des Bundesfinanzministeriums Reformen zu Gunsten der Abfindungsbrennereien auf den Weg bringen.